

WAHLPROGRAMM FÜR DIE GEMEINDERATSWAHL 2024

beschlossen von der Mitgliederversammlung
am 3. Februar 2024

Vorwort	2
1. Wohnen.....	4
2. Familien und frühkindliche Bildung	7
3. Schulische Bildung und lebenslanges Lernen.....	12
4. Soziales und Inklusion	16
5. Gleichstellung der Geschlechter und Diversität.....	19
6. Integration	21
7. Gesundheit und Unterstützung im Alter.....	23
8. Stadtentwicklung	26
9. Wirtschaft	28
10. Umwelt und Klimaschutz.....	31
11. Finanzen, Digitales und Verwaltung	35
12. Verkehr.....	37
13. Kunst und Kultur	40
14. Sport und Freizeit	43
15. Kinder-, Jugend- und Bürger:innenbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement ...	45
16. Teilorte	47

Vorwort

Tübingen muss eine Stadt für alle bleiben – an diesem Leitsatz haben wir in den letzten fünf Jahren unsere Politik ausgerichtet.

Wir müssen und werden uns aber auch mit neuen Herausforderungen auseinandersetzen.

Für uns stehen sie unter dem Stichwort: funktionierende Stadt! Was heißt das?

Die Bürger:innen sollen sich darauf verlassen können, dass die Verwaltung zuverlässig, bürgernah, unkompliziert und zügig arbeitet.

1. Die größte Herausforderung ist dabei der Fachkräftemangel. In der **Kinderbetreuung** spüren wir ihn momentan besonders. Für uns ist klar: Die aktuelle Ausnahmesituation muss genau das bleiben. Wir wollen sie im Miteinander von Trägern, Eltern und Verwaltung gemeinsam meistern und so schnell wie möglich zur flächendeckenden Ganztagsbetreuung zurückkehren.
2. Die Defizite bei der **Digitalisierung** innerhalb der Verwaltung müssen schnell behoben werden. Die Bürger:innen erledigen dann ihre Angelegenheiten zeitnah und unkompliziert und die Verwaltung wird dadurch Zeit und Arbeitskräfte einsparen.
3. Mit den **städtischen Finanzen** werden wir sparsam umgehen müssen. Umso mehr stellt sich die Frage, mit welchen Maßnahmen **soziale und kulturelle Teilhabe** am besten gesichert werden können. Die Sozialraumorientierung wird dabei eine wichtige Rolle spielen.
4. Bei allen **Klimaschutzmaßnahmen** sind sowohl deren Wirtschaftlichkeit wie auch die Auswirkungen auf die Bürger:innen, vor allem auf Menschen mit geringeren Einkommen zu prüfen und Lösungsvorschläge zu entwickeln.
5. Die eingeleitete **Verkehrswende** muss einen Interessenausgleich unter allen Verkehrsteilnehmer:innen zum Ziel haben. Dafür muss künftig durchgängig mit Konzepten statt mit Einzelmaßnahmen gearbeitet werden – damit sich Menschen in Tübingen gleichermaßen wohl und sicher fühlen, egal, ob sie zu Fuß gehen, den Bus, das Rad oder das Auto benutzen.
6. **Funktionieren kann und wird diese Stadt angesichts des demografischen Wandels, des Wachstums an Arbeitsplätzen, der weiter hohen Studierendenzahlen und der anhaltenden Herausforderungen durch die**

Integration von Geflüchteten aber nur, wenn die Schaffung von **Wohnraum** vor allem für jene Berufsgruppen sichergestellt wird, die die Infrastruktur in dieser Stadt aufrechterhalten. Geförderte Wohnungen, durch gemeinwohlorientierte Träger gebaut, sind das Gebot der Stunde, damit diese Bevölkerungsgruppen ihren Lebensmittelpunkt weiter – bzw. wieder! – in Tübingen haben können.

1. Wohnen

Bezahlbaren und ökologisch nachhaltigen Wohnraum schaffen: die wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre

Die Krise am Wohnungsmarkt ist die soziale Krise unserer Zeit – die dramatischen Folgen der Wohnungsnot zeigen sich in Tübingen jeden Tag aufs Neue. Der Neubau leidet unter steigenden Zinsen und einer massiven Erhöhung der Baukosten. Aber auch die Rahmenbedingungen im geförderten Wohnungsbau haben sich verändert. Statt – wie in Ballungsgebieten **und Universitätsstädten** dringend notwendig – mehr, wird deshalb über alle Segmente hinweg weniger gebaut. Das trifft auch die Baugemeinschaften – ein Tübinger Weg zur Schaffung von Wohneigentum auch für Menschen mit mittlerem Einkommen, verbunden mit sozialen und ökologischen Verpflichtungen.

Unabhängig von den jüngsten Entwicklungen sind die Mieten in Tübingen im vergangenen Jahrzehnt überdurchschnittlich angestiegen, **so dass die Stadt im aktuellen Mietpreis-Ranking deutscher Städte weiter einen Spitzenplatz einnimmt.** Dabei ist und bleibt Tübingen eine Stadt mit hoher Lebensqualität – die sich allerdings immer weniger Menschen wirklich leisten können. Der Zuzug nach Tübingen, die wachsende Zahl an Studierenden, aber auch an Geflüchteten, verstärkt den Druck auf dem Wohnungsmarkt. Wir sehen im jährlichen Zuwachs von ca. 1.000 Arbeitsplätzen eine positive Entwicklung des Standorts Tübingen, der aber keine angemessene Zunahme an Wohnraum gegenübersteht. Die Entwicklung der Neubaugebiete in den Teilorten und weitere Maßnahmen der Innenentwicklung in der Kernstadt (Mühlbachäcker, Marienburger Straße, Weststadt) hinken den ursprünglichen Planungen um Jahre hinterher.

Dies wirkt sich besonders verhängnisvoll auf die Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten von alten und pflegebedürftigen Menschen aus. Viele von ihnen leben in zu großen und nicht barrierefreien Wohnungen oder Häusern. Um hier neue Angebote zu schaffen, brauchen wir eine angemessene Verdichtung zur Ergänzung und Erneuerung des Wohnungsangebots und der Infrastruktur.

Doch selbst wenn es für Ältere geeignete Wohnungen gäbe und junge Familien im Tausch in vorhandene große Wohnungen einziehen könnten, würde das die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum, vor allem auch nach Sozialwohnungen, keinesfalls befriedigen können.

Auch kleine Wohngebiete in den Teilorten und Innenentwicklung werden nicht ausreichen. Immer mehr Menschen, die sich den Wohnraum in Tübingen nicht mehr leisten können, verlassen die Stadt oder verzichten gleich darauf, sich hier Arbeit zu suchen. Das führt zu einem Aderlass gerade bei denjenigen, die wir so dringend brauchen: von der Erzieherin und dem Altenpfleger bis hin zum Hausmeister und der Medizinischen Fachangestellten. Allein schon der Mangel an Beschäftigten in der Stadtverwaltung spricht Bände.

Fachkräftemangel und Wohnungsmangel stehen in Tübingen in direktem Zusammenhang. Gleichzeitig vergrößert sich der tägliche Strom der Einpendler:innen mit allen negativen ökologischen Folgen für unsere Stadt.

Die befürchtete soziale Entmischung ist also an der Tagesordnung. Das müssen wir ändern. **Für den Bestand gilt es, Mieter:innen zu schützen, z.B. durch eine Milieuschutzsatzung für die Südstadt und durch strikte Kontrolle der Einhaltung der Zweckentfremdungssatzung.**

Für den Neubau gilt: Wir brauchen die Bebauung des Saiben, denn dieser ist das größte Neubaugebiet, das aktuell zur Verfügung steht. Die Planung muss jetzt begonnen werden. Ca. 700 Wohneinheiten können allein auf dieser Fläche entstehen. Alle Instrumente aus dem Programm "Fairer Wohnen" können genutzt werden, um die Mietpreise in Schach zu halten und mehr Sozialwohnungen zu bauen. Denn die jetzt schon hohe Zahl an Personen in Tübingen, die ein Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein haben, wird weiter ansteigen. Das Argument, der Saiben müsse als CO₂-Senke erhalten bleiben, trägt nicht mehr. Besser hier ökologisch und flächenschonend bauen, als weitere Baugebiete in unseren Nachbargemeinden auszuweisen mit sehr viel geringerer Einwohnerdichte und längerem Weg zur Arbeit. Im Saiben wollen wir gemeinwohlorientierten Akteuren wie unserer GWG, dem Miethäusersyndikat oder der Kreisbau Flächen zur Verfügung stellen. Es soll in nachbarschaftsfreundlicher und weitgehend barrierefreier Bauweise eine blau-grüne, klimapositive Siedlung mit Platz für Wohngemeinschaften für Ältere und mit Genossenschaftsmodellen entstehen.

Ausreichend bezahlbaren Wohnraum wird es in Tübingen nur geben, wenn zugleich ausreichender Wohnraum für Studierende geschaffen und eine erhebliche Angebotslücke geschlossen wird. Verstärkte Anstrengungen sind dringend nötig. Insbesondere wollen wir das Studierendenwerk Tübingen-Hohenheim dazu anhalten,

endlich seine satzungsgemäße Aufgabe der kostengünstigen Überlassung von Wohnraum an Studierende zu erfüllen und dazu neue Wohnheime – etwa auf dem Schiebeparkplatz – zu errichten.

All diese Anforderungen zu erfüllen und trotzdem zu **bezahlbaren Mieten** zu kommen funktioniert dann, wenn die absehbar weiterhin hohen Baukosten durch **Erbbauverträge bzw. günstige Grundstücksvergabe sowie durch Nutzung serieller Bauweisen** abgemildert werden. Mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit müssen wir mehr denn je höher und größer bauen.

Die Stadt berichtet alle zwei Jahre über Veränderungen im Mietspiegel. Wir wollen diese Zahlen, den Anteil der Arbeitnehmer:innen, die einpendeln, und die Entwicklung des geförderten Mietwohnungsbaus im Blick behalten, um darauf sofort reagieren zu können.

Die Orientierung an all diesen Grundlagen ist für die Tübinger SPD weiterhin größter Ansporn und größte Verpflichtung zugleich.

2. Familien und frühkindliche Bildung

Familien in unserer Stadt sind besonders stark von den zwei größten Problemen betroffen: dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum und dem Fachkräftemangel. Das eine bedingt das andere. Bekommen Eltern keinen oder nur einen Kitaplatz mit eingeschränkter Betreuungszeit, weil es an Personal fehlt, sind diese gezwungen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren. Wer seine Arbeitszeit reduziert, hat weniger Geld zur Verfügung und kann sich die meist horrenden Mieten in der Stadt nicht (mehr) leisten. Eine weitere Folge reduzierter Arbeitszeit bei Eltern ist wiederum ein verstärkter Fachkräftemangel in anderen Bereichen.

Fachkräftemangel in Kitas

Wir wollen deswegen ganz besonders Fachkräfte für Kitas gewinnen. Die aktuelle Ausnahmesituation muss schnellstmöglich überwunden werden: Wir wollen sie im Miteinander von Trägern, Eltern und Verwaltung gemeinsam meistern und sobald wie möglich zu einem bedarfsdeckenden Ganztagesangebot zurückkehren. Dafür gibt es keine einfachen, schnellen Lösungen.

Deshalb machen wir uns für die folgenden Forderungen stark:

Eine **Entlastung der pädagogischen Fachkräfte durch die Einstellung weiterer hauswirtschaftlicher Kräfte**. Die entsprechende Bezuschussung muss auch den Freien Trägern ermöglicht werden. Gelernte Fachkräfte sollen mehr Zeit für die Arbeit am Kind haben und keine Garderoben putzen oder Spülmaschinen einräumen. Dies muss auch für Praktikant:innen und FSJler:innen sichtbar sein, denn niemand entscheidet sich für einen unattraktiven Beruf. Hier wollen wir die Kooperation mit den beruflichen Schulen in Tübingen stärken. Mehr hauswirtschaftliches Personal in Kitas ist gleichzeitig auch eine Chance für den Einstieg geringqualifizierter Beschäftigter in den regulären Arbeitsmarkt. Die Einstellung von Verwaltungskräften in Kitas, soweit sinnvoll einsetzbar, unterstützen wir ebenfalls.

Die **ehrenamtliche Arbeit von Eltern in Kitas** ist bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine unverzichtbare Säule im Kitaalltag, insbesondere bei den Elterninitiativen. Wir setzen uns dafür ein, dass die elterliche Ehrenamtsarbeit von der Kommune nicht nur mehr gewürdigt, sondern auch mit Ehrenamtspauschalen finanziert wird. Dies kann alle Aufgabenbereiche betreffen, die keinen fachpädagogischen Hintergrund erfordern, zum

Beispiel die Betreuung der Website. Dies ist zum Vorteil aller, da somit die Fachkräfte entlastet werden und gleichzeitig die Identifikation der Familien mit ihrer Kita gestärkt wird.

Wir fordern des Weiteren:

- ein **Wohnungsprogramm für Erzieher:innen** und andere Fachkräfte in Mangelberufen.
- eine höhere Entgeltstufe für **Kita-Fachkräfte und Erzieher:innen in der Ausbildung und danach.**
- am **erhöhten Taschengeld für FSJler:innen und BuFdis in Kitas festzuhalten**, denn es bietet mehr Anreize für die Wahrnehmung eines solchen Dienstes. In der Folge begeben sich mehr Jugendliche auf diesen Berufsweg.
- die **Einführung von Arbeitszeitkonten**, auf denen insbesondere die Mehrbelastung für Ausbilder:innen gutgeschrieben werden kann. Denn nur, wenn Ausbilder:innen angemessen vergütet werden und ihre Mehrarbeit honoriert wird, können die Erzieher*innen von morgen in den Tübinger Kitas qualitätssichernd ausgebildet werden.
- einen **Fokus auf den Erzieher:innen-Beruf im Programm zur beruflichen Orientierung** an allen Tübinger Schulen.
- den **intensiven Austausch mit Kommunen, die den „Direkteinstieg Kita“ erproben.** Der von Tübingen und weiteren Kommunen in Baden-Württemberg praktizierte „Direkteinstieg“ ist ein Ausbildungsgang zur sozialpädagogischen Assistentin und zum sozialpädagogischen Assistenten. Der Berufsabschluss wird hier in zwei Jahren statt wie regulär in drei Jahren ermöglicht. Wir stehen diesem Programm offen gegenüber. Allerdings haben Kinderschutz und qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung für uns eine hohe Priorität. Auch Kita-Leitungen, die die Aufgabe haben, Kompetenz und Verantwortung bei ihren Mitarbeitenden klar zu definieren, dürfen bei der Einführung nicht übergangen werden. Vielmehr wollen wir von deren Expertise profitieren.
- **Kein Einsatz von Zeitarbeitsfirmen in Tübinger Kitas!** Für uns ist der Einsatz von Zeitarbeitsfirmen kein Mittel gegen den Fachkräftemangel. Vielmehr unterhöhlt Zeitarbeit in Kitas das System. Werden Zeitarbeitsfirmen bei Fachkräftemangel

in Kitas gar regelmäßig angefragt, bekommen die Einrichtungen mittelfristig kein Stammpersonal mehr. Dies ist aus pädagogischer Sicht fatal: Feste Bezugspersonen sind unerlässlich, Zeitarbeit bedeutet dagegen eine hohe Fluktuation, die für Kinder, Eltern und das Stammpersonal katastrophal ist.

- Die Stadt soll jährlich über den Fortschritt der Situation anhand der besetzten Stellen berichten.

Zusätzlich zu den Bausteinen gegen den Fachkräftemangel wollen wir weitere Wege und Konzepte fördern, die Tübinger Familien mit Kindern im Kindergartenalter entlasten.

1. **Die Kindertagespflege in Tübingen soll kommunal bezuschusst werden.** Mehrere Kommunen im Landkreis Tübingen gewähren bereits freiwillige kommunale Zuschüsse für die Kindertagespflege. **In enger Zusammenarbeit mit dem Tageselternverein (TEV) fordern wir Platzpauschalen pro Kind je nach Betreuungszeit.** Diese stellen einen attraktiven Anreiz für Kindertagespflegepersonen dar, damit im Ergebnis ein vielfältiges Angebot auch zur Entlastung der Tübinger Kitas und Krippen bereitsteht. Auch sollte die Kommune die **Erstattung der Kosten für Fort- und Weiterbildungen leisten, die vom Landratsamt nicht übernommen werden.**
2. **Direkte Unterstützung kurzfristiger Betreuungsarrangements.** Wir setzen uns dafür ein, dass in den großen Stadtteil- und Familientreffs Projekte entwickelt und erprobt werden, wie Ehrenamtliche so mit Familien in Kontakt kommen können, dass kurzfristige Betreuungsarrangements möglich werden und die Kinder sich gut aufgehoben fühlen. In diesem Zusammenhang möchten wir einen engeren Austausch der Stadtverwaltung mit Vereinen wie der Tübinger Familienhilfe, die bereits kurzfristige und unbürokratische Betreuungsangebote anbieten, fördern.
3. In einem der Tübinger Stadtteile möchten wir das **Pilotprojekt „Leihoma und Leihopa“** initiieren. Viele Seniorinnen und Senioren, die in Tübingen leben, haben ihre Kinder und Enkelkinder nicht in der Nähe. Genauso gibt es in Tübingen zahlreiche Familien, die zum Studium oder aus beruflichen Gründen hier leben und deren Eltern und Großeltern häufig weit weg wohnen. Diese Menschen zusammenzubringen ist Ziel des Pilotprojekts. Dadurch soll keine klassische

Kinderbetreuung ersetzt, sondern ein ergänzendes Angebot geschaffen werden: Ein bis zweimal in der Woche können Kinder mit ihren Leihgroßeltern im eigenen Zuhause basteln oder spielen oder sich draußen für gemeinsame Aktivitäten treffen. Eine Win-Win-Situation für beide Seiten.

4. Das Konzept „**Spielzeit**“ soll weiterverfolgt werden, durch die Betreuung am Nachmittag in den Kitas ohne Anwesenheit von Fachkräften durch den Einsatz von Übungsleiter:innen, Studierenden und, sofern umsetzbar, auch durch Eltern erfolgt.

Teilhabe ermöglichen

Die **Bekämpfung von Kinderarmut** ist uns ein zentrales Anliegen. Wir haben uns in den vergangenen Jahren maßgeblich für die Entwicklung präventiver Angebote zur Armutsbekämpfung bei Kindern (und Erwachsenen) eingesetzt. Das 2013 begonnene Tübinger Präventionskonzept „Gute Chancen für alle Kinder – mit Familien aktiv gegen Kinderarmut“ ist inzwischen beispielgebend für viele andere Kommunen in Baden-Württemberg. Beim Runden Tisch Kinderarmut wirken über 50 Verantwortliche aus allen Bereichen der Stadt zusammen. Wir halten uneingeschränkt an diesem Präventionskonzept fest und arbeiten auch weiterhin mit allen Akteur:innen zusammen.

Orte für Kinder und Jugendliche schaffen

1. **Angebote der offenen Jugendarbeit** sind wichtig für Kinder und Jugendliche in allen Stadtteilen. Dort, wo solche Angebote nicht (mehr) existieren, werden wir uns mit Nachdruck für deren Schaffung einsetzen.
2. Wir möchten einen **Fahrradverkehrsübungsplatz mit Leihfahrrädern für Kinder**. Damit in unserer Fahrradstadt auch Kinder aus Familien ohne Fahrrad das Radfahren lernen können, wollen wir einen Fahrradverkehrsübungsplatz, bei dem direkt vor Ort Fahrräder in allen Größen ausgeliehen werden können. In Kooperation mit Fahrradwerkstätten, der Verkehrspolizei, den Tübinger Grundschulen sowie ehrenamtlichen Helfer:innen soll ein Ort entstehen, an dem alle Kinder und Jugendlichen in sicherer Umgebung das Radfahren lernen und üben können. Wir möchten für dieses Projekt Plätze wie die Panzerhalle im

Französischen Viertel, den Platz an der Aischbachschule und den Hartplatz oberhalb der Turnhalle Philosophenweg prüfen. *#Radfahrenfüralle*

3. **Vereine** und die vielen ehrenamtlichen Helfer:innen leisten einen wichtigen Beitrag für die soziale und körperliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Ihre pädagogische und gesundheitsfördernde Arbeit wollen wir konsequent unterstützen.

3. Schulische Bildung und lebenslanges Lernen

Schulische Bildung und lebenslanges Lernen: zentrale Bedingungen für eine gute Zukunft

Eine funktionierende Stadt braucht Schulgebäude, die den heutigen pädagogischen Anforderungen an Unterricht und Ganztagsbetreuung entsprechen, und sie braucht dafür neben einer ausreichenden Zahl gut ausgebildeter Lehrkräfte viele weitere kommunale Beschäftigte, die Schule heute ausmachen.

Trotz der hohen Investitionen in den letzten Jahren (z.B. für die Sanierung der Gymnasien in der Uhland-Straße) ist Tübingen weiterhin mit enormen Anforderungen an den Schulbau in allen Bereichen konfrontiert. Das bedeutet entsprechend hohe Kosten auch in den kommenden Jahren bei schlechteren Finanzen. Wir stellen uns dieser Herausforderung und unterstreichen damit den hohen Stellenwert, den eine gute Bildung für uns einnimmt. Das gilt ebenso für ausreichende Kapazitäten für den Schul- und Vereinssport sowie bei den Schwimmflächen. Gerade nach der Corona-Zeit sind Sportmöglichkeiten für viele Kinder und Jugendliche umso wichtiger.

Tübingen ist in den letzten fünf Jahren weiter gewachsen, wenn auch etwas langsamer als zuvor. Das macht **Erweiterungen an den Grundschulen und weiterführenden Schulen** notwendig, so z.B. an der Aischbachschule und in den Teilorten. Mit dem Bau des (inklusive) Bildungshauses Winkelwiese, in dem Sporthalle, 5-gruppige Kita und 2-zügige Grundschule vereint sind, geht die Stadt neue Wege für eine zeitgemäße Bildung im Primarbereich. Ähnliches gilt für das Oberstufengebäude der Hans-Küng-Gemeinschaftsschule. Die größten Anstrengungen sind in den nächsten Jahren in der Südstadt notwendig: Die Schulmeile im Feuerhägle wird mit Millionenaufwand saniert, umgebaut und erweitert – denn vor allem das Carlo-Schmid-Gymnasium braucht dringend mehr und vor allem zeitgemäß nutzbare Räume. Endlich wird in Derendingen eine gemeinsame Mensa für alle Schulen entstehen, für die wir uns seit Jahren einsetzen.

Wie und wann Tübingens Gymnasien zu einer neunjährigen Gymnasialzeit zurückkehren, ist unter zwei Aspekten besonders bedeutsam: Zum einen gilt es, zu einem sinnvollen Abgleich von Profilen und Angeboten in enger Abstimmung mit den Gemeinschaftsschulen zu kommen, die in den letzten acht Jahren wichtige Aufbauarbeit geleistet haben und deren pädagogische Konzepte nicht in Frage gestellt werden sollten.

Zum anderen erfordert dieser Grundsatzbeschluss der Landesregierung eine völlig veränderte Raumplanung für die kommenden Jahre. Trotz derzeit zurückgehender Schülerzahlen stellt sich damit erneut die Frage nach einem sechsten Gymnasium und dessen Profil. Im Kontext der landesweiten Debatte setzen wir uns für ein Konzept für ein **duales Gymnasium** ein, an dem Schüler:innen parallel zum Abitur in neun Jahren auch eine Berufsausbildung machen können. Dafür braucht es nicht zuletzt ein breites Netzwerk an Unternehmen, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Wir können uns hier gut vorstellen, gezielt Berufe in den Fokus zu nehmen, in denen derzeit Fachkräftemangel herrscht oder die für die Wende hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft zentral sind.

Gute Arbeitsbedingungen für das nicht-lehrende Personal

Die Schülerschaft in Tübingen ist extrem heterogen: Von den internationalen Vorbereitungsklassen und Inklusionsklassen bis hin zum Hochbegabtenzug ist das ganze Spektrum von Begabungen, Sozialisationserfahrungen und unterschiedlichen Fördermöglichkeiten durch das jeweilige Elternhaus vertreten. Hohe Anforderungen werden daher auch an das nicht-lehrende Personal wie Schulkind-Betreuung und Schulsozialarbeit, Schulbegleitungen und Verwaltungskräfte sowie Hausmeister:innen gestellt. Auch diese Beschäftigten brauchen gute Rahmenbedingungen und Fortbildungsmöglichkeiten, um den genannten Anforderungen professionell begegnen zu können. Wir haben uns für einen stetigen Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Schularten eingesetzt, so dass heute an fast jeder Schule ein hoher Standard erreicht ist. Aber die Rahmenbedingungen z.B. für Schulbegleitungen müssen noch weiter verbessert werden. Dafür werden wir uns stark machen, damit gemeinsamer Unterricht noch selbstverständlicher wird und Lehrkräfte entlastet werden. Grund- und Gemeinschaftsschulen leisten hier eine großartige Arbeit. Wir wollen, dass auch an den Gymnasien der Auftrag zur Inklusion noch ernster genommen wird. Was an Rahmenbedingungen in kommunaler Verantwortung steht, wollen wir verbessern.

Digitalisierung der Schulen

Beschleunigt durch die Covid-Pandemie und die damit verbundenen Lockdowns hat es einen Digitalisierungsschub ungeahnten Ausmaßes an den Tübinger Schulen gegeben. Mit der Anschaffung von Hard- und Software ist es aber nicht getan. Wir werden uns für eine ausreichende Anzahl an IT-Techniker:innen spezifisch für die Betreuung der Geräte

und der digitalen Infrastruktur an den Schulen einsetzen, damit ein reibungsloser Betrieb auch in den kommenden Jahren gewährleistet wird. Defekte Geräte müssen durch das Land ersetzt werden.

Gute Bildungschancen für alle Kinder

Bildungschancen hängen davon ab, wie Kinder gefördert werden. Bis auf die Schule in Hagelloch sind alle Tübinger Grundschulen mittlerweile Ganztagschulen, jedoch überwiegend mit der Wahlform an drei oder vier Tagen. Dies erschwert eine echte Rhythmisierung des Schultages und die besondere Förderung von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern. Wir werden deswegen den Einsatz der Multiplikator:innen des Internationalen Elternnetzwerks Tübingen zur Unterstützung für migrantische Eltern, von Lesepat:innen und Lernen-im Tandem-Aktiven weiter nach Kräften unterstützen.

Für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen ist die Schaffung multiprofessioneller Teams eine wichtige Voraussetzung für eine positive Schullaufbahn. Dies gilt in besonderem Maße für die steigende Zahl an Kindern und Jugendlichen, die nicht oder nur selten in die Schule kommen. Kurz gesagt: Von solchen Teams profitieren grundsätzlich alle Schüler:innen und sie wären ein wichtiger Bestandteil von Schulentwicklungsprozessen. Wir setzen uns für Modellversuche in Absprache mit der *Tübingen School of Education* und dem Land ein.

Lebenslanges Lernen

Die Berufswelt ist mehr denn je im Umbruch. Lebenslanges Lernen ist eine Voraussetzung auch für die Bewältigung künftiger Veränderungen in anderen Lebensbereichen, z.B. durch den Einfluss von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz. Deswegen sind Einrichtungen wie die Volkshochschule, die Familienbildungsstätte und die anderen Tübinger Bildungsträger unverzichtbar. Ihre Förderung ist uns weiter ein wichtiges Anliegen.

Berufsorientierung

Nur wer gut informiert ist, entscheidet sich bewusst für einen Beruf und bricht seltener eine Ausbildung oder ein Studium ab. Kompetente und strukturierte berufliche

Orientierung ist somit ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in allen Bereichen.

Jugendliche und junge Erwachsene brauchen gezielte Unterstützung und Begleitung in einer immer komplexer werdenden Ausbildungs- und Studienwelt. Für die berufliche Orientierung an allen Schularten soll deswegen ein Konzept für einen Modellversuch ausgearbeitet werden. Damit soll die Einstellung von Fachleuten erprobt werden, die sowohl die Schüler:innen, als auch die Lehrkräfte an den Schulen beraten und unterstützen. Hier gilt es die personellen und fachlichen Kapazitäten von Schule, Schulsozialarbeit, beruflichen Schulen und Agentur für Arbeit sinnvoll zu verknüpfen

Wir wollen außerdem die Vertretung der Stadt Tübingen als Arbeitgeberin bei Planspielen in Schulen, Azubi-Speeddatings und Berufsmessen erheblich ausbauen. Auf diese Weise kann sich die Stadt in ihrer Rolle als attraktive Arbeitgeberin präsentieren und neue Auszubildende gewinnen.

4. Soziales und Inklusion

Eine funktionierende Stadt muss für alle offen sein und sie im Blick haben – anders ist ein sozial gerechter und solidarischer Ausgleich zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen in unserer Kommune nicht denkbar.

Auch in Tübingen leben Menschen mit geringen Einkommen, in Erwerbslosigkeit oder in prekären Arbeitsverhältnissen – und ohne vergleichbare Chancen, am Leben in der Stadt teilzunehmen. In dieser Stadt leben Menschen, die mit ihren Behinderungen und Beeinträchtigungen in ihrem familiären oder sozialen Umfeld keine hinreichende Unterstützung finden – und deswegen in dieser Stadt nicht mithalten können. Sie sind in der Stadt zu wenig sichtbar.

Teilhabe für benachteiligte gesellschaftliche Gruppen zu ermöglichen und gemeinsam mit den Betroffenen und ihren Vertretungen zu organisieren, ist schon immer ein Kernanliegen der SPD. Das gilt für Menschen mit wenig Geld ebenso wie für Menschen mit Behinderungen oder seelischen Beeinträchtigungen. Für all diese Gruppen ist es unser Ziel, die Chancen zur Mitwirkung und zur Selbstvertretung ihrer Interessen zu verbessern und die sozialen, finanziellen und baulichen Barrieren zu überwinden, die einer gleichberechtigten Teilhabe und Selbstbestimmung entgegenstehen. Mit dem neuen Sozialbericht und dem 2022 verabschiedeten Aktionsplan „Tübingen inklusiv und barrierefrei“ stehen uns hervorragende Leitlinien zur Verfügung, an denen wir unsere Kommunalpolitik für die Zukunft ausrichten.

Das Umsteuern auf ein an Sozialräumen orientiertes Planen und Handeln der Stadtverwaltung in den verschiedenen Bereichen kommunaler Sozialpolitik unterstützen wir seit Jahren. Dies muss einhergehen mit der Schaffung inklusiver Stadtquartiere sowohl beim Neubau wie auch bei der Sanierung und Modernisierung bestehender Quartiere. Darunter verstehen wir barrierefreie öffentliche Räume sowie eine Infrastruktur, die über Herkunfts- und Altersgrenzen hinweg Begegnung, Kommunikation und nachbarschaftliche Selbsthilfe fördert sowie Unterstützung für Menschen in schwierigen Lebenslagen bietet. Um das zu erreichen, brauchen wir eine noch intensivere Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Baudezernat.

Stadtteiltreffs sowie Stadtteil- und Familienzentren spielen dabei eine entscheidende Rolle. Sie in ihren Aufgabenstellungen weiterzuentwickeln und angemessen zu fördern, wird eine vorrangige Aufgabe sein. Als Orte gegen die Einsamkeit, als niederschwellige

Anlaufstellen für Beratung und Vermittlung konkreter Hilfen sowie für die Vernetzung unterschiedlicher Akteur:innen verdienen die dort tätigen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen unsere besondere Aufmerksamkeit.

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erhalten und zu fördern, muss aufgrund der demografischen Entwicklung, mehr noch nach Corona und angesichts der aktuellen Krisen, eine Querschnittsaufgabe aller in dieser Stadt Verantwortlichen sein. Unsere Unterstützung gilt den vielen Selbsthilfegruppen, Vereinen und Einrichtungen, die Tübingen so besonders machen. Ihre Angebote von Prävention über Lebenshilfe bis hin zu konkreter Krisenintervention bereichern unsere Stadt.

Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen leiten sich - schwerpunktmäßig - folgende konkrete Ziele und Maßnahmen ab, die wir in den nächsten Jahren umsetzen wollen:

1. Erhalt und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements.

Ohne „die Ehrenamtlichen“ wäre Vieles im Sozialbereich nicht denkbar und schon gar nicht mehr machbar. Die Corona-Lockdowns haben in vielen Vereinen und Initiativen auch in dieser Hinsicht deutliche Spuren hinterlassen – es wird schwer sein, den Rückzug vieler Aktiver aus „ihrem“ Ehrenamt wieder auszugleichen. Wir schlagen deswegen mehr und andere Formen der Würdigung dieses Engagements vor sowie ein abgestuftes System von Aufwandsentschädigungen, das für Menschen mit weniger Geld einen wichtigen Anreiz bieten könnte.

2. Aktionsplan gegen Einsamkeit.

Wir wollen die vorhandenen Ressourcen bei Verwaltung, Beratungsstellen sowie Stadt- und Kreissenorenrat bündeln. Kern des Konzepts sind präventive Hausbesuche für Menschen ab 75 Jahren, in denen eine Vielzahl von Problemen angesprochen und auf Hilfsangebote verwiesen werden kann. Wo notwendig, sollten bei diesen Besuchen auch Dolmetscher:innen zur Verfügung stehen. Regelmäßige Fortbildungen für Ehrenamtliche (wie etwa für TAPs, Tübinger Ansprechpersonen für Ältere), um selbst mit Hilfesystemen vertraut zu werden und bei Bedarf den Kontakt zu hauptamtlichen Expert:innen herstellen zu können, sollten gefördert werden. Dies kann ganz verschiedene Bereiche des täglichen Lebens betreffen, von der barrierefreien Umgestaltung der Wohnung über Mittagstische, Hausnotrufsysteme bis hin zur Information über Pflege.

3. Einfacher Zugang zu Hilfsangeboten aller Art.

Einer der wichtigsten Punkte aus Sicht der Betroffenen ist die Information über Hilfsangebote.

Einfache Sprache in der Verwaltung und ein leichter Zugang zu digitalen Informationen sind wichtige Voraussetzungen für die Teilhabe aller. Ein erster Schritt ist die Schaffung einer barrierefreien Website der Stadtverwaltung. Ziel ist ein zentrales Portal, das Angebote aller Art in Bildung, Kultur, Sport und Freizeit für Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen bündelt, um Teilhabe und aktive Mitgestaltung zu ermöglichen.

4. Umsetzung des Aktionsplans „Tübingen inklusiv und barrierefrei“.

Die hier formulierten Leitlinien und Schlüsselmaßnahmen sehen wir als Richtschnur für die Umsetzung von Maßnahmen aus allen Handlungsfeldern. Besonders wichtig sind für uns die Schaffung barrierefreien und bezahlbaren Wohnraums, mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, vor allem in der Altstadt und auf dem Marktplatz sowie Zugang und Nutzung von Kultureinrichtungen wie Kinos und Museen. Durch die Aufstellung eines entsprechenden Konzepts soll hier ein systematisches Vorgehen gewährleistet werden.

Inklusion für Kinder mit unterschiedlichen Behinderungen und seelischen Einschränkungen beginnt in der Kita. Hier darf es keine Abstriche geben. Die Schülerschaft ist in den Jahrgangsklassen heterogener denn je. In Grund- und Gemeinschaftsschulen wurde in Sachen Inklusion in den letzten Jahren herausragende Arbeit geleistet. Wir werden darauf dringen, dass die Stadt hier unterstützend wirkt, wo immer möglich. Das gilt auch für die Gymnasien, wo noch mehr gemeinsames Lernen von Schüler:innen mit und ohne Einschränkungen möglich und anzustreben ist. Wir werden weiter darauf achten, dass die Stadt ihre Vorbildfunktion als Arbeitgeberin für Menschen mit Einschränkungen wahrnimmt und andere dazu motiviert.

5. Gleichstellung der Geschlechter und Diversität

All genders welcome! Das entspricht nicht immer der Realität – aber in den letzten Jahren hat das Thema geschlechtliche Diversität für Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung eine hohe Bedeutung erlangt. Wir werden die Bemühungen der Stabsstelle Gleichstellung und Integration weiter unterstützen, die einerseits über verschiedene Veranstaltungsformate zur Bewusstseinsbildung und zum Sichtbarmachen beiträgt und andererseits Beratung und Hilfe für Betroffene anbietet.

Gleichzeitig gilt unsere Aufmerksamkeit dem Aktionsplan, der aus der Unterzeichnung der EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Jahr 2021 resultiert und der seit drei Jahren verfolgt wird. Neben dem Handlungsfeld „geschlechtliche Diversität“ stehen weitere Themen im Fokus:

Sicherheit und geschlechtsbezogene Gewalt

Sexualisierte und häusliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen ist nach wie vor ein weit verbreitetes Übel. Gerade die Erfahrungen während der Corona-Epidemie haben gezeigt, dass es weiter der zuverlässigen Unterstützung der Organisationen bedarf, die sich für die Betroffenen einsetzen – vom Frauenhaus bis zu Tima und Pfundskerle – ganz im Sinne der Istanbul-Konvention.

Gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben und Sorgearbeit

Dieses Handlungsfeld hat durch den Mangel an Fachkräften im Kitabereich noch stärkere Bedeutung erlangt. Wir werden alles daransetzen, dass ein Rückfall in alte Rollenzuweisungen mit allen negativen (auch wirtschaftlichen) Folgen für die Betroffenen verhindert werden kann. Wir wollen mehr Möglichkeiten schaffen, bei der Stadt und in Betrieben Teilzeitausbildungen zu absolvieren.

Als SPD Tübingen sind wir stolz darauf, dass auch durch unsere jahrelange Arbeit in diesem Bereich die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Kommunalpolitik bzw. in allen relevanten Bereichen der Stadtgesellschaft auf einem guten Weg ist. Das gilt auch für die Wahrnehmung von Führungspositionen in der Stadtverwaltung. Wir werden darauf achten, dass gerade auch junge Frauen und queere Personen weiter für solche Positionen qualifiziert und berücksichtigt werden.

Diskriminierung konsequent bekämpfen

Queeres Leben hat in Tübingen seinen festen Platz. Wir werden uns auch weiter gegen jegliche Queerfeindlichkeit einsetzen und Projekte und Veranstaltungen der queeren Szene fördern. Uns liegen zudem Unterstützungs- und Beratungsangebote für queere Personen, insbesondere für queere Kinder und Jugendliche, sehr am Herzen. Wir wollen die Förderung dieser Angebote weiterführen und verstetigen.

Im Sport, in der Jugendarbeit, im öffentlichen Raum sind Mädchen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte benachteiligt. Für deren Belange werden wir uns einsetzen.

6. Integration

Tübingen ist eine weltoffene Stadt, in der Rassismus, Ausgrenzung und pauschale, gruppenbezogene Vorverurteilungen keinen Platz haben. Wir bekennen uns unmissverständlich zur humanitären Verpflichtung dieses Landes, geflüchteten Menschen zu helfen.

Zweifelsohne sind Kommunen mit der Aufnahme geflüchteter Menschen vor große Herausforderungen gestellt. Jedoch sehen wir auch die Chancen, die mit der Zuwanderung verbunden sind. Im ureigenen Interesse der Stadtgesellschaft, ihrer Institutionen und Unternehmen müssen diese besser als bisher genutzt werden. Angebote zur kulturellen und gesellschaftlichen Teilhabe und an erster Stelle die Möglichkeit, durch eine schnelle Arbeitserlaubnis für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen, sind zentrale Bausteine für eine gelungene Integration.

Wir benötigen ein **zeitgemäßes Organisationskonzept für die Tübinger Ausländerbehörde**. Der Grundsatz muss lauten: Willkommenskultur. Nur wenn die Ausländerbehörde serviceorientiert, kompetent und mit der Maßgabe einer echten Willkommenskultur handelt, können die Potenziale der Zuwanderung genutzt werden. Wir wollen kein Ausländeramt als Gefahrenabwehrbehörde, sondern ein Amt für Integration und Zuwanderung. Dazu gehört, dass Ermessensspielräume bei der Vergabe von Aufenthaltstiteln effizient und klug genutzt werden und mehr juristische Expertise in der Sachbearbeitung eingesetzt wird. Ein weitsichtiges Agieren der Ausländerbehörde ist nicht nur ein wichtiger Baustein bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels, sondern sichert für Tübingen auch die Position eines innovativen und international angesehenen Wissenschaftsstandortes. Es darf nicht sein, dass Akademiker:innen an der Tübinger Ausländerbehörde scheitern und letztlich an eine andere Universität gehen. Ebenso dringlich ist die zügige Erteilung von Aufenthaltstiteln und Arbeitserlaubnissen z.B. für Fachkräfte aller Art, die wir dringend brauchen.

Wir wollen das **städtische Integrationskonzept fortschreiben**. In den vergangenen Jahren haben wir stetig an der Weiterentwicklung des Konzepts mitgewirkt. Ein solches Konzept ist aber keine starre Struktur. Vielmehr bedarf es immer neuer Anstrengungen, um aktuelle Entwicklungen und Ideen umzusetzen. Neben Faktoren wie einer schnellen Arbeitserlaubnis und dem Abbau bürokratischer Hürden spielt die Teilhabe am Leben in der Stadt eine ganz erhebliche Rolle bei der Integration. **Inklusive und interkulturelle**

Kultur- und Sportangebote müssen stärker unterstützt werden. Dies muss auch in Förderkriterien verstärkt berücksichtigt werden. Die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte ist uns ein wichtiges Anliegen, damit sie erfolgreich die Schule durchlaufen können. Deshalb müssen Projekte wie das Internationale Elternnetzwerk Tübingen (INET) weiter die notwendige Rückendeckung erfahren.

Wir setzen uns zudem für die vermehrte Einstellung von Beschäftigten mit Zuwanderungsgeschichte in der Tübinger Stadtverwaltung ein.

Wir bekennen uns auch weiterhin zur 2019 im Gemeinderat verabschiedeten **Unterstützung der Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen!“**. Wir stehen wir zu dem Grundsatz, dass kein flüchtender Mensch an den europäischen Außengrenzen, ob auf See oder an Land, sterben darf.

7. Gesundheit und Unterstützung im Alter

Gesundheitsförderung

Die Stadt Tübingen hat mit der Sozialkonzeption von 2015 und den Sozialberichten von 2019 und 2023 wichtige Handlungsfelder einer kommunalen Gesundheitskonzeption aufgezeigt. Die Kommunen sind wesentliche, allerdings nicht die einzigen Akteure bei Gesundheitsförderung und Prävention in den verschiedenen Lebensabschnitten. Gesundheitsförderung ist zudem ein wichtiger Bestandteil einer attraktiven kommunalen Entwicklung und damit ein kommunaler Standortfaktor. Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsschutz bekommen dadurch einen immer höheren Stellenwert im Rahmen der Stadtentwicklung. Dies kommt auch durch gesundheitsfördernde kommunale Netzwerke zum Ausdruck. Wir unterstützen daher ausdrücklich die Arbeit der städtischen Fachkraft für kommunale Gesundheitsförderung mit Schwerpunkt ältere Menschen und die Arbeit des Sozialforums. Auch die Vielzahl von Selbsthilfegruppen, die ein hohes Maß an präventiver und krankheitsbegleitender Arbeit leisten, werden wir weiterhin fördern.

Klimawandel und Gesundheitsschutz

Die Sommer in Tübingen werden Jahr für Jahr heißer und gefährden damit die Gesundheit. Immer mehr Kommunen im In- und Ausland erstellen daher Hitzeaktionspläne. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass auch in Tübingen die Kernelemente der Empfehlungen der Bund/Länder-Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ (GAK) und die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aufgegriffen werden. Dabei gilt es, sich auf die Belange der sogenannten vulnerablen Bevölkerungsgruppen zu konzentrieren, die nicht in der Lage sind, solche Herausforderungen aus eigener Kraft zu bewältigen. Aufgrund der Komplexität der Maßnahmen im Akutfall kann zunächst eine Fokussierung auf besonders betroffene Stadtgebiete erfolgen. Dabei ist sicherzustellen, dass nach einer erfolgreichen Umsetzung eine Ausweitung auf das gesamte Stadtgebiet angeboten werden kann. Schnell umsetzbare Maßnahmen, wie beispielsweise Trinkwasserbrunnen an stark frequentierten Orten, wollen wir realisieren.

Unterstützung für Pflegebedürftige

Die Zahl der älteren Menschen in Tübingen steigt stetig. Gerade für diesen Personenkreis reichen die bisherigen Maßnahmen nicht aus, um deren soziale und pflegerische Versorgung sicherzustellen. Die SPD setzt sich daher weiter für Wohnprojekte für Ältere in jedem Stadtteil ein. Wir müssen dafür sorgen, dass genügend barrierefreier Wohnraum zur Verfügung steht und gleichzeitig ein ausreichendes Unterstützungsangebot im Rahmen von Nachbarschaftshilfen sowie gemeinschaftliche Wohnformen und ambulante Pflegeangebote vorhanden sind.

Für ältere Menschen, die weiterhin in ihrer gewohnten Umgebung bleiben möchten, aber keine Möglichkeiten der Begegnung und Unterstützung in ihrer Nähe haben, wollen wir präventive Hausbesuche einführen. Dies ist ein geeigneter neuer Weg zur Förderung der Gesundheit und Teilhabe im Alter. Er wirkt der Einsamkeit im Alter entgegen und hilft, Unterstützungs- oder Pflegebedarf zu identifizieren. So kann älteren Menschen geholfen werden, geeignete Maßnahmen wahrzunehmen. Präventive Hausbesuche werden in immer mehr Kommunen eingeführt und wir wollen dies auch in Tübingen auf den Weg bringen.

Stationäre Pflege

Der demografische Wandel erfordert zudem einen Ausbau der stationären Pflege. Die SPD unterstützt daher die Aktivitäten der kommunalen Altenhilfe Tübingen gGmbH (AHT). Mit der Eröffnung des Pflegeheims am Hechinger Eck mit 60 Plätzen im Juni 2024 wird das Angebot an stationären Pflegeplätzen in der Südstadt deutlich verbessert. Darüber hinaus müssen die Weichen für ein Wohn-/Pflegehaus in Waldhäuser Ost gestellt werden. Außerdem müssen weitere Kurzzeit- und Tagespflegeplätze geschaffen werden, um Angehörige wirksam zu entlasten.

Fachkräfte in der Pflege

Der notwendige Ausbau von Plätzen in der stationären Pflege steht in einem Spannungsfeld zum Fachkräftemangel im Pflegebereich, der sich deutlich verschärft hat. Die SPD wird sich daher für einen Ausbau der Ausbildungsplätze einsetzen, unter anderem durch die Zusammenarbeit mit den Trägern der Fachschulen für Pflege. Auch muss der Wiedereinstieg in den Pflegeberuf attraktiv gemacht werden. Ähnlich wie bei Erzieher:innen sind Strategien zur Versorgung mit Wohnraum zu entwickeln und

weitere Anreizsysteme auszuloten. Gerade junge Migrant:innen müssen gezielt für den Pflegeberuf gewonnen werden. Dafür ist eine Beschleunigung der Anerkennungsverfahren nötig. Wir wollen bei der Umsetzung dieser Ansätze mit anderen Kommunen zusammenarbeiten.

8. Stadtentwicklung

Tübingen ist ein attraktiver Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort und eine lebenswerte Stadt für alle Generationen. Deshalb sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer mehr Arbeitsplätze in Tübingen entstanden, immer mehr Menschen haben hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden. Tübingen wächst und wird auch in der Zukunft weiter wachsen. Wir sind davon überzeugt, dass es weder möglich noch geboten ist, das Wachstum Tübingens zu bremsen oder gar aufzuhalten. Es gilt aus unserer Sicht vielmehr, die Tübinger Stadtentwicklung aktiv zu gestalten.

Es ist unsere feste Überzeugung, dass ein sozial und ökologisch nachhaltiges Wachstum möglich ist. Das bedeutet, dass bei der Entwicklung von Quartieren und Flächen ein besonderes Augenmerk auf die Schaffung von Räumen für das **soziale Miteinander und den kulturellen Austausch** gelegt werden muss. Wir setzen uns dafür ein, dass durch den Erhalt der Nahversorgungszentren überall wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten sowie der Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildungseinrichtungen gewährleistet sind. Flächen müssen so gestaltet werden, dass sich dort alle sicher fühlen können. Barrierefreiheit muss einen zentralen Stellenwert in der Stadtentwicklung einnehmen.

Gleichzeitig müssen **ökologische Aspekte** stets in die Planungen integriert werden. Das bedeutet eine nachhaltige Neugestaltung öffentlicher Räume, die Umsetzung der Verkehrswende sowie die Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Die Schaffung von Grünflächen trägt nicht nur zur Verbesserung der Luftqualität und der Kühlung der Stadt bei, sondern sie steigert auch die Lebensqualität für alle Bürger:innen in unserer Stadt.

Soziale und nachhaltige Stadtentwicklung erfordert eine langfristige Perspektive. Die fortlaufende Bewertung und Anpassung von Entwicklungsplänen ist notwendig, um sicherzustellen, dass die Stadtentwicklung den sich ändernden Bedürfnissen und Herausforderungen gerecht wird.

Das Baufeld am Europaplatz ist die zentrale Entwicklungsfläche in der Kernstadt. Vorbehaltlich der Bürgerbeteiligung um die Gestaltung dieser Fläche, können wir uns gut vorstellen hier ein soziales und ökologisches Leuchtturmprojekt zu schaffen. So könnte Wohnbebauung für Auszubildende und Studierende entstehen, die mit Maßnahmen wie Photovoltaik, Dachbegrünung, Fassadenbegrünung und Brauchwasserrückgewinnung einen positiven ökologischen Beitrag leistet.

Wir wollen insbesondere die einzigartige **Attraktivität der Altstadt** erhalten. Der Fokus muss darauf liegen, Leerstand zu vermeiden und sowohl Wohnraum als auch Gastronomie- und Gewerbeflächen zu nutzen.

Im Zuge der Altstadtentwicklung setzen wir uns für eine Umgestaltung des Rathausfoyers ein. Wir möchten dort einen Empfangsschalter einrichten, der als erste Anlaufstelle für Bürger*innen mit Anliegen an die Stadtverwaltung dient, Orientierung gibt und an die zuständigen Stellen verweist.

Zur Stadtentwicklung gehört auch, dass im Notfall überall schnell Hilfe kommen kann. Die **Feuerwehr** braucht deshalb dringend ein neues Gebäude. Wir wollen dabei die Standortsuche intensivieren und eine gute Lösung finden, die zu mehr Sicherheit in Tübingen beiträgt.

9. Wirtschaft

Vom Anlagenmechanik-Betrieb im Handwerkerpark bis zur Zellforschung auf der Oberen Viehweide: Tübingen ist ein erfolgreicher und attraktiver Wirtschaftsstandort. Wir wollen in den nächsten Jahren die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit das auch so bleibt. Denn der wirtschaftliche Erfolg der Stadt ist die Voraussetzung für zukunftssichere und gut bezahlte Arbeitsplätze und somit Grundlage für das starke Engagement der Stadt für sozialen Zusammenhalt und Klimaschutz. Wir setzen auf nachhaltiges Wachstum im Interesse der Tübinger Stadtgesellschaft und zukünftiger Generationen.

Innovationen fördern

Mit Technologiepark und Universität ist Tübingen zu einem echten Innovationsmotor geworden. Ob im Bereich Maschinenbau, Medizintechnik, Biotechnologie oder IT: Einige unserer Unternehmen schaffen Grundlagen und Endprodukte, die weit über unsere Stadtgrenzen hinaus wirken. Auch in Zukunft wollen wir Zukunftstechnologien in Tübingen halten und ansiedeln. Insbesondere mit Blick auf die Flächenpolitik setzen wir hier auf eine starke regionale Kooperation mit den umliegenden Gemeinden und ganz besonders mit der Stadt Reutlingen. Wir wollen aber auch Formate fördern, die den Austausch innerhalb der Stadt stärken: Veranstaltungen wie die „Science Innovation Days“, die Stadtgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zusammenbringen, sind dafür beispielhaft.

Fachkräftesicherung

Der Arbeits- und Fachkräftemangel trifft heute nicht nur Sozial- und Gesundheitsberufe, sondern ist eine der größten Herausforderungen für unsere Wirtschaft insgesamt. Gerade auch kleine und mittlere Unternehmen suchen dringend Auszubildende, Fachkräfte und teils Nachfolger:innen für die Übernahme des Betriebs. Damit dieser Mangel nicht zu einem noch größeren Standortrisiko wird, müssen wir hier auch als Stadt aktiv werden. Zu den entscheidenden Maßnahmen zählen dabei die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum nicht zuletzt für Auszubildende und gute Bildungsangebote von der Kita bis zum Meister oder Master mit effektiver und offener Berufsorientierung. Als Leuchtturmprojekte wollen wir dafür auch **ein duales Gymnasium** auf den Weg

bringen und den **Aufbau einer Jugendwerkstatt** ausloten, in der interessierte junge Menschen unter professioneller Anleitung praktische Einblicke ins Handwerk bekommen können.

Doch egal ob in Handwerk, Industrie oder Spitzenforschung: Der Fachkräftemangel wird sich nicht allein mit inländischen Kräften lösen lassen. Mit unserer weltoffenen und vielfältigen Stadtgesellschaft sind wir gut aufgestellt für das Anwerben internationaler Arbeits- und Fachkräfte. Aber auch der Stadtverwaltung kommt mit der Ausländerbehörde eine entscheidende Rolle in diesem Bereich zu und muss eine echte **Willkommenskultur** leben.

Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft WIT leistet durch Beratung, Vermittlung und Vernetzung wichtige Arbeit für den Wirtschaftsstandort Tübingen – für alle Akteure vom Start-Up bis zum etablierten Stamm-Betrieb. Wir wollen, dass sie diese wichtigen Aufgaben auch in Zukunft gut ausüben kann und mit neuen Konzepten und Projekten Akzente setzt.

Das Handwerk gehört zur unverzichtbaren Infrastruktur einer funktionierenden Stadt. Deswegen ist es notwendig, den Tübinger Betrieben ausreichende Möglichkeiten zur (räumlichen) Entwicklung innerhalb der Stadtgrenzen zu bieten, damit sie hier ansässig bleiben.

Altstadt und Einzelhandel

Ein zentraler Handlungsbereich bleibt unsere Altstadt. Der Prozess zum Rahmenplan Altstadt muss schnell zu konkreten Ergebnissen führen, denn die Corona-Pandemie hat den Leerstand in der Stadt weiter verschärft. Dabei wollen wir im Interessenausgleich zwischen Anwohner:innen und Gastronomiebetrieben auch eine gute Lösung für Fragen wie das erweiterte Sitzplatzangebot in der Altstadt schaffen. Ideen wie das Modellprojekt „Kuratierte Altstadt“ sind gute Beispiele dafür, wie die Altstadt als attraktiver Standort fortentwickelt werden kann.

Auch abseits der Altstadt ist die Umsetzung des Einzelhandelskonzepts wichtig für unsere Stadt. Dabei legen wir ein besonderes Augenmerk auf den Erhalt des Einzelhandels und der Nahversorgungszentren, die unsere Stadt in der Breite lebenswert

halten und ein wichtiger Anker gegen eine weitere Verlagerung auf den Online-Handel sind.

Tourismus

Darüber hinaus spielt das Stadtmarketing eine wichtige Rolle. Zwischen historischer Altstadt, vielfältigem Kulturangebot und attraktivem Spitzensport kann Tübingen zu einer echten Marke und so für den (über-)regionalen Tourismus noch attraktiver werden.

10. Umwelt und Klimaschutz

Das Klimaschutzprogramm der Stadt mit dem Ziel, bis 2030 Klimaneutralität zu erreichen, wurde und wird von der SPD mit großer Überzeugung mitgetragen. Auch wenn der finanzielle, planerische und bauliche Aufwand immens ist und die Stadt vor große Herausforderungen stellt, ist dies ein unerlässlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge, zumal die Folgen des Klimawandels auch hier vor Ort immer deutlicher zu Tage treten. Dabei muss die Stadt selbst als Vorbild und Motor von Maßnahmen der Dekarbonisierung in allen drei Sektoren (Strom, Wärme, Verkehr) aktiv sein.

Land- und Waldwirtschaft

Im Rahmen der Daseinsvorsorge und der Versorgung mit regionalen Lebensmitteln unterstützen wir eine nachhaltige Land- und Waldbewirtschaftung. Die Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung wollen wir fördern. Der Schutz des kommunalen Waldes, d.h. der Erhalt seiner Funktionen als CO₂-Speicher und als Naherholungsraum, ist uns wichtiger als seine ökonomische Bedeutung. Die Einhaltung des hiesigen Forsteinrichtungsplans, in dem Waldrefugien- und Waldschutzgebiete beinhaltet sind, werden wir daher entsprechend kontrollieren.

Energiewende

Dazu gehört die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude ebenso wie die zügige und konsequente Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED und Licht nach Bedarf sowie die Installation von PV-Anlagen, wo immer dies wirtschaftlich sinnvoll und machbar ist. Auch die großen Dachflächen von Universität und anderen Landeseinrichtungen müssen für PV-Anlagen endlich zur Verfügung stehen. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

Der von uns befürwortete Windpark Großholz (Gemeinde Kusterdingen) wird durch die Stadtwerke hoffentlich bald verwirklicht werden können. Die Stadtwerke Tübingen als wichtigster Akteur in diesem Transformationsprozess müssen mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden, um so auch weitere Windparkprojekte auf Tübinger Markung und in der Region zu verwirklichen. Wir sehen dabei eine interkommunale Zusammenarbeit als unerlässlichen Faktor an. Wir unterstützen die Umsetzung in Bürgergenossenschaften.

Der hohe Bedarf an zusätzlichem Strom aus erneuerbaren Energien steigt im Zusammenhang mit der Umstellung auf E-Mobilität sowohl im privaten Rahmen wie auch beim ÖPNV. Die Stadtwerke haben, wie von der SPD gefordert, in den letzten Jahren auch in Ladestationen auf öffentlichen Flächen investiert. Entsprechende Vorrichtungen auch im privaten Raum, etwa in den vielen älteren Tiefgaragen von Wohnungseigentümergeinschaften, zu etablieren, wird sehr schwierig sein. Deswegen sind Modelle zu entwickeln, wie dieser Bedarf gedeckt werden kann und welche Fördermöglichkeiten dafür geeignet sind.

Wärmewende

Zur Umsetzung der Wärmewende in Tübingen bedarf es noch großer Anstrengungen. Der kommunale Wärmeplan ist auf den Weg gebracht. Nun gilt es, z.B. in der Südstadt, mit den großen Fernwärmenetzen voranzukommen und gleichzeitig unterschiedliche Arten von Nahwärmenetzen dort zu planen, wo Fernwärme nicht vorgehalten werden kann. Dabei sind unterschiedliche Ansätze wie Solarthermie, Geothermie und kalte Nahwärmenetze zu nutzen. Dies sehen wir als Chance für eine bestmögliche Anpassung an unterschiedliche Gegebenheiten bei gleichzeitiger Ressourceneffizienz. Solchen Lösungen geben wir den Vorzug vor einem Flickenteppich an individuellen Lösungen.

Planungen für ein Holzheizwerk werden wir unterstützen, wenn damit ein Ausgleich für die Dunkelflaute im Winter geschaffen wird und dieses auch dann noch wirtschaftlich betrieben werden kann, wenn nur regional anfallendes Waldrest- oder Abfallholz zum Beheizen verwendet wird.

Biodiversität

Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität in der Kernstadt wie auch in den wertvollen Naturräumen in den Teilorten werden wir weiter unterstützen. Dazu gehören Aufklärungskampagnen zur privaten Gartengestaltung mit mehr Blühpflanzen und insektenfreundlichem Bewuchs wie auch die naturnahe Gestaltung städtischer Grünflächen und Friedhöfe. Wir fordern den Erlass einer Baumschutzsatzung.

Folgen des Klimawandels

Neben den Klimaschutzmaßnahmen muss in Tübingen schon jetzt ein Fokus auf die Anpassung an unvermeidliche Klimaveränderungen liegen. Dafür muss ein Stufenplan

entwickelt werden, in dem Potenziale zur Klimaanpassung im Bereich Grünflächen und Baumpflanzungen, Wasser und schattenspende Elemente in der Stadt identifiziert werden, durch deren Realisierung das Mikroklima verbessert wird. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass für die Umsetzung dieser Maßnahmen genügend Kapazitäten bei der Stadtverwaltung zur Verfügung stehen.

Um auf Extremwetterereignisse besser vorbereitet zu sein, müssen das Wassermanagement und die Effizienz der Entwässerungsanlagen geprüft werden. Wo dies möglich ist, muss der Boden entsiegelt und bepflanzt werden, um Versickerung wieder zu ermöglichen. Sowohl in bestehenden wie in neuen Quartieren müssen mit Zisternen und Rückhaltebecken Wassermassen einerseits eingedämmt und andererseits für Trocken- und Hitzeperioden gespeichert werden können.

Wo Flächen entwickelt und bebaut werden, müssen Aspekte der Klimaresilienz verstärkt in den Blick genommen werden. Ziel muss es sein, in Tübingen klimapositiv zu bauen. Dies gelingt durch die Materialauswahl sowie die Gestaltung der Gebäude. Dach- und Fassadenbegrünung sowie nachhaltige Baustoffe wie Holz ermöglichen die Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum und minimieren gleichzeitig die negativen Auswirkungen auf das Klima. Wir möchten, dass Tübingen auch in Zukunft Raum für Pionierprojekte des klimapositiven Bauens bietet.

Krisenvorsorge

Nicht nur wegen des Klimawandels sind funktionierende kommunale Konzepte für den Notfall oder den Fall eines langanhaltenden Stromausfalls (Blackout) notwendig. Gemeinsam mit Polizei, Rettungsdiensten, Feuerwehr und sozialen Trägern wollen wir Tübingen für den Ernstfall gut aufstellen. Außerdem wollen wir zusammen mit dem Lebensmittelhandel in der Stadt ein Konzept erarbeiten, wie im Krisenfall die Lebensmittelversorgung sichergestellt werden kann. Bei allen Maßnahmen zur Krisenvorsorge muss vermieden werden, die Verantwortung auf den einzelnen abzuschieben. Menschen mit besonderen Bedarfen, etwa Pflegebedürftige oder Menschen mit Behinderungen, dürfen genauso wenig aus dem Blick geraten, wie Menschen, für die eine eigenverantwortliche Krisenvorsorge etwa aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln oder von Platzmangel in der eigenen Wohnung nicht möglich ist.

Sozialer Ausgleich

Maßnahmen im Bereich von Klima- und Umweltschutz müssen auf ihre sozialen Auswirkungen hin überprüft werden. Auch fordern wir einen finanziellen Ausgleich für besondere Belastungen bei Menschen mit geringen Einkommen sowie zielgenaue Zuschüsse als Anreiz z.B. für den Kauf von energiesparenden Geräten.

Bei den regelmäßigen Berichten über den Fortschritt des Klimaschutzprogramms durch die Stadt soll auch darüber berichtet werden, durch welche Maßnahmen und mit welchem Erfolg die Auswirkungen auf Menschen mit geringem Einkommen abgefedert werden.

11. Finanzen, Digitales und Verwaltung

Die Stadtverwaltung ist zentral für das Funktionieren und die Weiterentwicklung unserer Stadt. Wir sind den vielen engagierten Mitarbeiter:innen dankbar für ihre tägliche Arbeit. Sie verdienen gute Arbeitsbedingungen, faire Vergütung und echte Wertschätzung.

Wir stellen fest, dass die Verwaltung ihre Aufgaben heute an einigen Stellen nicht angemessen erfüllen kann. Dies ist neben der bereits angesprochenen Ausländerbehörde insbesondere im Bürgeramt und beim Baurechtsamt zu beobachten, was bei den Betroffenen erheblichen Ärger auslöst.

Abhilfe für Personalmangel, ineffiziente Abläufe und komplizierte Antragsverfahren leistet insbesondere die Digitalisierung. Digitale Verfahren und Aktenführung sind eine riesige Chance für Verwaltung und Bevölkerung zugleich. Dazu gehört auch eine zeitgemäße Hardware- und Softwareausstattung. Eine moderne Verwaltung ist auch entscheidend, damit die Stadt als Arbeitgeberin für gute, kompetente Bewerber:innen attraktiv bleibt. Hier gibt es erheblichen Nachholbedarf. Von den hunderten Leistungen, die alle Kommunen nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) digital anbieten müssen, bietet Tübingen Stand Oktober 2023 gerade einmal 35 an. Davon sind nur ein Bruchteil Ende-zu-Ende digitalisiert, bringen also tatsächlich auch eine Erleichterung für die Verwaltung. Dieser Zustand ist inakzeptabel. Wir werden auf eine Verbesserung drängen und konkrete Ergebnisse für Bürger:innen und die Verwaltung in ihrer Breite einfordern. Andere Kommunen machen vor, wie es geht. Digitale Anwendungen müssen für die Bevölkerung einfach und an einem Ort nutzbar sein.

Auch Maßnahmen für mehr Transparenz wie einen offenen Haushalt auf der Website der Stadt und ein besseres Streaming- und Video-Angebot der Gemeinderatssitzungen wollen wir möglich machen.

Damit dieses Thema in der Stadtverwaltung mehr Gewicht bekommt, wollen wir **eine Fachbereichsleitung „Digitales“** einrichten. Ein IT-Rat kann Entscheidungen über Software-Anschaffungen zusammenführen. Tübingen muss sich trauen, häufiger eigene Lösungen in Auftrag zu geben, statt nur auf die Angebote anderer Stellen zu warten.

Für uns ist aber auch klar: Die Stadtverwaltung muss auch für Menschen erreichbar sein, die mit der digitalen Welt wenig vertraut sind. Termine digital vereinbaren zu können,

darf daher nicht die Möglichkeit ersetzen, persönlich und spontan ins Bürgeramt zu kommen. Gleichzeitig kann die Stadt dabei unterstützen, sich im digitalen Raum zurecht zu finden und von den digitalen Angeboten der Stadt zu profitieren. Andere Kommunen zeigen, wie mit einem Kooperationspartner ein gutes Angebot für Senior:innen geschaffen werden kann.

Kommunen können erheblich von Fördermitteln und Partizipationsmöglichkeiten der Europäischen Union profitieren. Damit das gut funktioniert, braucht es eine entsprechende Stelle in der Verwaltung. Wir setzen uns deshalb für die Schaffung einer: **Europa- und Fördermittelbeauftragten** in der Tübinger Stadtverwaltung ein. Die Stelle soll sich unter anderem mit der Vernetzung mit anderen Kommunen auf europäischer Ebene und der Akquise von EU-Fördergeldern für Tübingen befassen. Die Erfahrung aus anderen Städten und Kreisen zeigt, dass sich eine solche Stelle finanziell rechnet. Gleichzeitig kann dadurch ein stärkeres Bewusstsein für das gemeinsame europäische Projekt geschaffen werden.

Solide Finanzen in einer sozialen Stadt

Tübingen steht haushälterisch verhältnismäßig gut da und hat es gleichzeitig geschafft, große Investitionen für ein attraktives Stadtleben zu stemmen. In den nächsten Jahren zeichnet sich jedoch eine längere, massive Verengung der finanziellen Spielräume der Stadt ab, auf die wir angemessen und verantwortungsvoll reagieren müssen. Wir stehen weiter für eine solide und nachhaltige Finanzpolitik, die Zukunftsinvestitionen und den Einsatz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ermöglicht. Den lauten Rufen nach Kürzungen im Sozialbereich erteilen wir eine klare Absage. Gerade in Zeiten vielfältiger Krisen und steigender Preise setzen wir uns für eine Stadt ein, die ihren Bewohner:innen in allen individuellen Lebenslagen zur Seite steht. Für uns bleibt klar: **Tübingen darf nicht zu einer Insel der Reichen werden.** Deswegen braucht es auf dem Weg zu einer sozialen, klimaneutralen Stadt auch weiterhin städtische Investitionen in den Wohnungsbau.

12. Verkehr

Wir werden 2030 in der Stadt anders unterwegs sein als heute. Immer mehr Menschen werden das Auto stehenlassen und ihre Wege mit dem ÖPNV, dem Fahrrad oder zu Fuß zurücklegen. Wir wollen das mit guten Rad- und Fußwegen sowie mit einem schnellen, gut getakteten und günstigen ÖPNV unterstützen. Dies dient nicht nur dem Klimaschutz, sondern auch der innerstädtischen Attraktivität.

TüBus: attraktiv und modern

Mit dem TüBus ist der ÖPNV in Tübingen gut aufgestellt. Nicht zuletzt durch unseren Einsatz ist Busfahren in Tübingen heute günstiger denn je. Mit dem Deutschlandticket wird daraus ein hochattraktives Angebot im ganzen Land. Wir wollen diese Errungenschaften auch in finanziell schwierigeren Zeiten bewahren. Denn nur bei einem dauerhaften, verlässlichen Angebot werden Menschen ihr Mobilitätsverhalten verändern. Eine noch stärkere Reduzierung der Fahrpreise wird dann möglich, wenn die grün-schwarze Landesregierung den Weg zu einer praktikablen Nahverkehrsabgabe freimacht. In der Abwägung zwischen der Ausweitung des Angebots „TüBus umsonst“ und den Zuschüssen zum Deutschlandticket durch die Stadt Tübingen entscheiden wir uns für letzteres. Dieser Zuschuss soll auch dann bestehen bleiben, wenn der Preis des Tickets für alle oder für bestimmte Nutzer:innen verringert wird. Auch in Zukunft müssen Taktung und Fahrplan der Busse regelmäßig evaluiert und angepasst werden, sodass allen Nutzer:innen etwa zu Schul-, Vorlesungs- oder Schichtbeginn eine passende Verbindung angeboten werden kann. Eine Aufhebung des Einbahnstraßenrings für den Individualverkehr um den alten botanischen Garten würde zu einer massiven Einsparung an Fahrkilometern und zu einer Busbeschleunigung führen. Wir fordern dafür die Erarbeitung konkreter Konzepte. In diesem Rahmen wollen wir eine autofreie Wilhelmstraße prüfen.

Gleichberechtigte Mobilität

Um die Mobilität in eine umwelt- und klimapolitisch richtige Richtung zu steuern, wird das Mobilitätsangebot in Tübingen gezielt auf die Bedarfe und Gewohnheiten derjenigen ausgerichtet, die das Verkehrsaufkommen besonders stark prägen, also z.B. an die berufstätigen Menschen, die täglich in die Stadt ein- und wieder ausfahren. Dabei

wurden die Belange der Menschen mit geringen Einkommen, ohne Berufstätigkeit, in abgelegenen Gegenden wohnend oder mit Mobilitätshindernissen belastet weniger gut berücksichtigt. Vorteile, wie etwa das Jobticket, wurden nicht gleichermaßen und nicht in gleicher Zeit auch für diese Personengruppen umgesetzt. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die weniger gut gestellten und stärker belasteten Menschen an der gewünschten Verkehrswende teilnehmen können, sie ein ihrem besonderen Bedarf entsprechendes Angebot finden und dieses dann auch wahrnehmen können.

Bürgerbeteiligung

Nach der Ablehnung der Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn im Bürgerentscheid 2021 sind die Herausforderungen durch den Ein- und Auspendelverkehr in Tübingen nicht kleiner geworden. Mögliche Alternativen werden aktuell in einem aufwändigen Verfahren geprüft. Sie müssen im Hinblick auf Kosten und Nutzen auch mit dem innerstädtischen Ausbau der Regionalstadtbahn verglichen werden. Die Ergebnisse müssen dann in der Stadtgesellschaft diskutiert werden. Wir schlagen vor, dazu einen Bürger:innenrat mit zufällig ausgewählten Bürger:innen einzusetzen. Dieser soll sich technologie- und ergebnisoffen mit der Frage beschäftigen, wie die Menschen aus der Region umwelt- und klimaschonend zu ihren Arbeitsplätzen in Tübingen kommen können. Mit einer solchen lösungsorientierten Form der Bürger:innenbeteiligung kann eine gute, breit akzeptierte Planung gefunden werden.

Stadt für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen

Wir sind sehr froh, dass mit dem Tübinger Radverkehrskonzept endlich eine strukturierte Planung der Tübinger Radwege erfolgt. Wir wollen auch in Zukunft den Ausbau der Fahrradinfrastruktur mit dem Ziel „Netze statt Wege“ vorantreiben. Allen Radfahrer:innen soll ein möglichst lückenloser Weg zum jeweiligen Ziel möglich sein, auf dem sie sicher unterwegs sein können. Beim Ausbau des Radwegenetzes wollen wir verstärkt Kreuzungsbereiche in den Blick nehmen.

Wir wollen auch Fußgänger:innen verstärkt in den Blick nehmen. Ihnen soll auf den zentralen Achsen ausreichend Platz und Schutz vor anderen Verkehrsteilnehmer:innen geboten werden. In Vergessenheit geratene Fußwegeverbindungen in der Stadt wollen

wir reaktivieren. Dafür möchten wir ein Fußverkehrswegekonzept erarbeiten und umsetzen. **PKW-Verkehr**

Das Auto wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Wir treten dafür ein, dass etwa am Klinikum oder im Technologiepark ausreichend Parkhauskapazitäten vorgesehen werden. Auch in Tübingen muss die Mobilitätswende von einer Antriebswende begleitet werden. Das Netz an Ladesäulen für E-Autos muss geschlossen werden. Zudem müssen die Elektroleitungen ertüchtigt werden, um den gestiegenen Ansprüchen gerecht zu werden. Wir setzen uns auch für *smarte* Lösungen wie intelligente Ladenetze ein, die mehrere Ladestationen etwa in einer Nachbarschaft miteinander vernetzen und die Autos entsprechend den Bedürfnissen der Nutzer:innen nacheinander laden, um das Stromnetz nicht zu überlasten.

Um Alternativen zum eigenen Auto zu schaffen, braucht es einen weiteren Ausbau der Carsharing-Angebote. Wir wollen ein Angebot mit sogenannten Free Floating Cars prüfen. Verfügbare Autos, die innerhalb eines definierten Gebiets überall abgestellt werden können, könnten viele Gelegenheitsautofahrer:innen zum Umstieg motivieren.

Nach vielen Jahrzehnten des Aufschiebens und Wartens soll nun bald mit dem Bau des Schindhaubasistunnels begonnen werden. Wir befürworten dessen Bau nach wie vor. Durch den Tunnel wird die Verkehrs-, Lärm- und Umweltbelastung in der Südstadt erheblich abnehmen. Die vor 30 Jahren vorgesehene Wohnbebauung der Südstadt kann vollendet werden. Die Verkehrssicherheit wird für die Fußgänger:innen und Radfahrer:innen erheblich verbessert. Insbesondere die Schüler:innen der Grundschule am Hechinger Eck und der Schulen im Feuerhägle müssten auf dem Schulweg keine Bundesstraße mehr queren. Zudem ist der Tunnel kein Projekt, von dem nur Tübingen profitiert, sondern eine Investition in die Infrastruktur der gesamten Region. Nicht umsonst werden die Beschlüsse dazu nicht im Tübinger Gemeinderat, sondern im Deutschen Bundestag gefasst.

Mobilitätshubs

Die verschiedenen Mobilitätsarten müssen sich in Tübingen sinnvoll ergänzen und der Umstieg von einem Verkehrsmittel auf das andere muss erleichtert werden. Daher setzen wir uns für Mobilitätshubs an zentralen Bus- und Bahnhaltstellen ein, an denen ein Umstieg zwischen ÖPNV, (Leih-) Fahrrad und Carsharing schnell und einfach möglich ist.

13. Kunst und Kultur

Kunst und Kultur gehören zum Leben. Sich künstlerisch auszudrücken ist ein menschliches Grundbedürfnis. Menschen aller gesellschaftlichen Schichten und Herkunft können sich hier kreativ entfalten. Damit tragen Kultur und Kunst zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Ihre Förderung ist eine wichtige Aufgabe der Stadt. Hierzu bietet die kontinuierlich fortzuschreibende Kulturkonzeption eine gute Grundlage.

Teilhabe und kulturelle Bildung für alle

Die Teilhabe an Kunst und Kultur muss für alle Menschen unabhängig von ihrer Einkommenssituation, ihrer Herkunft, ihres Alters oder ihrer körperlichen oder geistigen Verfassung möglich sein.

Viele Menschen können sich den Besuch von Kulturveranstaltungen jedoch nicht leisten, hier schafft die Kreisbonuscard Abhilfe. Deshalb ermutigen wir Kulturveranstaltende, entsprechende Angebote zu machen.

Viele Menschen, vor allem Zuwander:innen, haben das reiche Kunst- und Kulturangebot in Tübingen noch nicht entdeckt. Wir wollen ihnen den Zugang erleichtern.

Für Bürger:innen mit Einschränkungen wollen wir vorhandene Barrieren abbauen und so den Zugang zu Kulturangeboten verbessern. Das digitale Portal des Kulturnetzes, in dem Angebote möglichst vieler Veranstalter zusammengeführt werden, ist ein wichtiger Schritt.

Kulturschaffende unterstützen

Eine gerechte Förderpraxis mit transparenten Regeln soll Vereinen und anderen Akteur:innen des Tübinger Kulturlebens Spielräume eröffnen. Dazu gehören verlässliche Regelzuschüsse und Projektmittel in hinreichendem Maße. Dies gilt auch in Zeiten knapper Finanzmittel.

Eine gerechte Förderung bedeutet zudem, dass Kulturschaffende angemessen bezahlt werden, wo immer möglich nach Tarif.

Um zu sichern und zu verstetigen, was ehrenamtlich im Tübinger Kulturleben erreicht wurde, wollen wir hauptamtliche Beschäftigungsverhältnisse fördern. Deshalb sollen

Regelzuschüsse weiterhin der Tarifentwicklung angepasst werden. Dies gilt in besonderem Maße für die Anbieter kultureller Bildung wie der Volkshochschule, der Familienbildungsstätte, dem Deutsch-Amerikanischen Institut und dem Deutsch-Französischen Institut.

Die Finanzierung der städtischen Kultureinrichtungen wie Musikschule, Kunsthalle, Zimmertheater, Hölderlinturm, Kulturhalle, Stadtschreiberhaus und Stadtmuseum muss auch in Zeiten knapper Kassen gesichert sein. Wir werden darauf drängen, dass das Land das städtische Theater ITZ in gleichem Maße fördert wie die anderen kommunalen Bühnen in Baden-Württemberg.

Eine besondere Qualität des Tübinger Kulturlebens sind die vielen Festivals. Durch sie strahlen Musik, Kino und Literatur weit über Tübingen hinaus. Diese Förderungen sind für uns verbindlich.

Zu einem breiten Kulturangebot gehören auch kleine Kulturanbieter. Diese wollen wir unterstützen. Wir fordern, Transparenz und Fairness bei der Vergabe öffentlicher Werbeplätze zu schaffen.

Raum schaffen für Kunst und Kultur

Die freie Kunstszene hat in den letzten Jahren viele Räume verloren. Hier muss mittelfristig Ersatz geschaffen werden. Die künftige Nutzung des Schlachthofareals bietet unserer Meinung nach dafür sehr gute Möglichkeiten.

Eine Aktualisierung und Verbesserung der Raumdatenbank soll Vereine bei der Suche nach geeigneten Räumen unterstützen. In Kombination mit der WIT sollen Leerstände nach Möglichkeit kulturell genutzt werden. Räume in Schulen und städtischen Gebäuden sollten Vereinen vermehrt zur Verfügung gestellt werden.

Musiker:innen benötigen Räume zum Proben und für Aufführungen. Deshalb fordern wir weiterhin eine konkrete Planung für einen Konzertsaal. Der Standort Uhlandbad erscheint uns immer noch als am ehesten realisierbar.

Kunst und Kultur finden nicht nur im Stadtzentrum statt, deshalb möchten wir das Sudhaus besser an den ÖPNV anbinden.

Die Stadtbücherei entwickelt sich zu einem kulturellen Zentrum und einem Treffpunkt für Jung und Alt, an dem Kultur für alle Menschen niedrigschwellig zugänglich ist. Ihren weiteren, auch digitalen, Ausbau wollen wir fördern.

Nachtleben

Zu einer lebendigen Universitätsstadt gehört ein vielfältiges Nachtleben mit attraktiven Angeboten für junge – und junggebliebene – Menschen. Erhalt und Förderung der Tübinger Clubszene sind für uns auch eine Aufgabe kommunaler Kulturpolitik. Die Erschließung neuer Standorte ist dabei ein dringendes Anliegen. Den Austausch zwischen Stadt und Clubszene möchten wir deshalb intensivieren.

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bedeutet für uns auch Teilhabe am Nachtleben. Bezahlbare Veranstaltungen in der Clubszene wollen wir weiter fördern. Um wieder ein Angebot mit niedrigen Preisen in der Kneipenlandschaft zu haben, setzen wir uns dafür ein, eine Nachfolgelösung für den früheren Bierkeller zu finden.

Eine möglichst weiträumige Abdeckung des Stadtgebiets mit Angeboten in der Clubszene ist wünschenswert, kann jedoch nur mit einer guten ÖPNV-Anbindung gelingen. Wir setzen uns für eine sichere Mobilität von Frauen in der Nacht ein.

Weiterentwicklung der Erinnerungskultur

Wir stehen weiter für die Einrichtung eines Lernzentrums zur Zeit des Nationalsozialismus in Kooperation mit Stadtarchiv und Stadtmuseum. Auch hier bietet die Digitalisierung neue Möglichkeiten.

14. Sport und Freizeit

Sport ist nicht nur körperliche Betätigung. Der Sport leistet wesentliche Beiträge zur Gesundheit und zur Einübung sozialen Verhaltens sowie zur Integration und Inklusion. Sport hat also eine weitreichende gesellschaftliche Bedeutung. Deshalb ist es für uns weiterhin sehr wichtig, gute Bedingungen für den Schul- und Vereinssport zu schaffen und gleichzeitig neue Formen von Sport- und Freizeitaktivitäten für alle Altersgruppen zu berücksichtigen. Die vorgelegte Sportentwicklungsplanung dient dabei als wertvolle Richtschnur, an der wir uns orientieren werden.

Sportstätten

Tübingen benötigt zusätzliche Hallenkapazitäten und Freizeitflächen, die für alle Bürger:innen frei zugänglich sind, etwa durch den Bau einer weiteren Freilufthalle sowie geeigneter Freiflächen. Ziel muss es sein, dass in allen Stadtteilen und Teilorten ausreichend Kapazitäten für sportliche Betätigung zur Verfügung stehen. Dies dient auch der Identifikation mit dem eigenen Stadtteil. Wir unterstützen den zügigen Bau des geplanten Hallenbades.

Förderung für bestimmte Zielgruppen

Bei der Förderung des Sports durch die Stadt Tübingen ist unserer Meinung nach besonders darauf zu achten, dass auch Angebote außerhalb des Vereinssports gefördert werden, die besonders Mädchen und Frauen oder ältere Menschen ansprechen. Das gilt auch für Maßnahmen zur Integration von Migrant:innen. Die Einführung des Sportgutscheins für Vierjährige war ein wichtiger Schritt, um die Teilhabe von Kindern aus allen Teilen der Gesellschaft beim Sport zu ermöglichen. Dieses Angebot wollen wir fortsetzen. Das gilt auch für die Nutzung der Kreisbonuscard mit ihren Vergünstigungen bei Sportangeboten in Vereinen. Sollten dadurch den Vereinen zu hohe Defizite entstehen, muss es einen Ausgleich durch die Stadt geben.

Schwimmen für alle

Sicher schwimmen zu können ist gleich in mehrfacher Hinsicht sinnvoll: Zum einen ermöglicht sicheres Schwimmen einen angenehmen und angstfreien Aufenthalt im Wasser, der für Spaß und Bewegung sorgt und gleichzeitig Ausdauer und Koordination

fördert. Zum anderen verhindert sicheres Schwimmen das Ertrinken bei einem Boots- oder Badeunfall. Die Schwimmbildung fördert die Persönlichkeitsentwicklung sowie die Integration in die Stadtgesellschaft.

Deshalb unterstützen wir das Projekt „Schwimmen für alle Kinder“, da der Schulsport dies nicht leistet. Wichtig ist uns auch hier, dass Schwimmen lernen keine Frage des Geldbeutels ist, sondern dass es jedem Kind durch entsprechende Unterstützung ermöglicht wird.

Leistungssport fördern

Neben dem Breiten- und Freizeitsport ist Tübingen auch eine Stadt des Spitzensports. Wir freuen uns über die Erfolge der Tigers und der LAV Stadtwerke Tübingen. Die Stadt soll gute Rahmenbedingungen für den Leistungssport schaffen: die Erneuerung der Laufbahn im SV03-Stadion und die Ertüchtigung der Ballspielhalle in der Südstadt seien hier genannt. Auch die Paul-Horn-Arena genügt heutigen Ansprüchen nicht mehr. Nicht nur für Sportveranstaltungen aller Art, sondern auch für alternative Nutzungsmöglichkeiten sind der Einbau eines Lastenaufzugs und der Ausbau von Lagerflächen zwingend erforderlich. Deshalb darf eine entsprechende Modernisierung trotz des Großprojekts Hallenbad Süd nicht in Vergessenheit geraten.

15. Kinder-, Jugend- und Bürger:innenbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement

Bürger:innenbeteiligung wird in Tübingen großgeschrieben. Die Stadtgesellschaft begleitet die städtischen Entwicklungen und Planungen konstruktiv, engagiert und kritisch. In der jüngeren Vergangenheit gab es aber zunehmend Verdruss. Begleitkreise fühlten sich nicht genügend wahr- und ernstgenommen, die BürgerApp wurde als Abstimmungsinstrument missverstanden. Es ist Zeit für einen Neustart.

Beteiligungsformen

In einem Bürgerrat sollen die Bürger:innen dieser Stadt selbst Vorschläge dazu erarbeiten, wie sie in Zukunft beteiligt werden wollen. Bestenfalls werden mehrere Formate vorgeschlagen. Wir werden dafür werben, dass der Gemeinderat sich in einem zweiten Schritt selbst verpflichtet, bestimmte Beteiligungsformate unter klar definierten Bedingungen durchzuführen. Die Zusammensetzung eines Bürgerrats wird dabei zufallsgeneriert. Definierte Kriterien im Losverfahren sorgen für eine repräsentative Zusammensetzung. So wollen wir die Akzeptanz von Beteiligungsprozessen und den dort erarbeiteten inhaltlichen Vorschlägen erhöhen.

Kinder und Jugendliche

Besonderes Augenmerk wollen wir auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen legen. Demokratische Prozesse sind mühsam und werden zunehmend als abgehoben und lebensfern wahrgenommen. Es ist daher sehr wichtig, dass insbesondere junge Menschen die Erfahrung machen, sich bei der Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen wirksam einbringen zu können. Dazu leistet der Jugendgemeinderat bereits einen wichtigen Beitrag. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wollen wir auch in Verwaltungsprozessen strukturell verankern. Besonders geeignet erscheint uns die Beteiligung bei Planungsentscheidungen, die das unmittelbare Lebensumfeld junger Menschen betreffen, also den Sozialraum der Kinder und Jugendlichen, ihr Quartier. Darüber hinaus sollten Formate wie das Kinderrathaus wiederbelebt werden.

Als weiteres Sommerferienangebot neben dem Spatzennest soll es **ein Ferienprogramm "Kinderstadt"** geben, in dem u.a. demokratische Prozesse spielerisch erfahren werden

können. Letzteres ist umso wichtiger, als die Ferienangebote für Kinder berufstätiger Eltern nicht ausreichen, um die vorhandenen Bedarfe abzudecken.

16. Teilorte

Wir stehen zu starken und selbstbewussten Teilorten. Die von uns unterstützten Quartiersentwicklungsprozesse der vergangenen Jahre waren sehr erfolgreich. In nahezu allen Teilorten sind Stadtteiltreffs entstanden. Das soziale Miteinander und die kulturelle Vielfalt der Tübinger Teilorte wurden dadurch in hohem Maße aufgewertet. Im Verbund mit dem großen ehrenamtlichen Engagement der örtlichen Vereine wurden die Eigenständigkeit und der Gemeinssinn in den Teilorten weiter gestärkt. Das schätzen wir sehr!

Verwaltungsdienstleistungen vor Ort

Die örtlichen Rathäuser mit den Verwaltungsstellen sollen wichtige Anlaufstellen für ihre Bewohner:innen bleiben und als Bürgerbüros „vor Ort“ alle notwendigen städtischen Dienstleistungen anbieten können. Dazu ist es dringend erforderlich, dass die Verwaltungsstellen personell ausreichend ausgestattet sind und die erforderliche Digitalisierung der Stadtverwaltung auch in den Teilorten umgesetzt wird. Wir setzen uns seit langem für den konsequenten und zügigen barrierefreien Ausbau und die Modernisierung der Verwaltungsstellen im Rahmen anstehender Sanierungsmaßnahmen ein. Mit einem angemessenen Ortsbudget wollen wir die Gestaltungsmöglichkeiten der Ortschaftsräte stärken.

Wohnraum vor Ort

Der Entwicklung in den geplanten Baugebieten der Teilorte gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Nachdem das erste Neubaugebiet im Teilort Bühl weitgehend abgeschlossen ist, muss die bereits beschlossene Entwicklung des Neubaugebiets „Strüttele/Weiher“ in Pfrondorf zügig vorangebracht werden. Dieses große Neubaugebiet bietet die Chance, dringend benötigten Wohnraum mit einem klimaangepassten Städtebau in einem Tübinger Teilort zu realisieren. Die Schaffung lebendiger Wohnquartiere mit verschiedenen Gebäudetypologien streben wir auch bei der Aufstellung von weiteren Bebauungsplänen in den Teilorten Weilheim, Kilchberg, Hirschau und Hagelloch an. Dabei soll flächen- und ressourcensparend gebaut werden und gleichzeitig der Charakter der Teilorte erhalten bleiben. Wir stehen zum Programm „Fairer Wohnen“, mit dem in den Teilorten bezahlbarer Wohnraum für Menschen aller Altersgruppen entstehen soll. Innovative Projekte für besondere Zielgruppen, etwa für junge Familien oder für altersgerechtes Wohnen, wollen wir nachdrücklich fördern.

Soziales

Das in allen Teilorten eingeleitete Projekt „Seniorenleben & Pflege“ braucht eine solide personelle und finanzielle Ausstattung. Nur dadurch können unter den derzeit gegebenen Rahmenbedingungen dezentrale, den Bedürfnissen der jeweiligen Ortschaft angepasste Lösungen gefördert und umgesetzt werden.

Der Tübinger Sozialbericht zeigt deutlich auf, wo in den Teilorten Defizite in der Kinderbetreuung bestehen. Es ist für uns eine vordringliche Aufgabe, diesen Defiziten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu begegnen, um die Angebote zur Kinderbetreuung auch in den Teilorten deutlich zu verbessern. Der Einstieg in den Ganztags schulbetrieb muss entsprechend begleitet werden. In der Schulsozialarbeit an den Grundschulen der Teilorte muss bei Bedarf personell nachgesteuert werden, damit diese wichtige Aufgabe an den Schulen gewährleistet werden kann.

Verkehr

Nach Abschluss der Arbeiten rund um die neue B28 eröffnen sich zahlreiche Möglichkeiten, die Wohn- und Lebensqualität entlang der bisher stark von Verkehr belasteten Ortsdurchfahrten zu verbessern. Wir unterstützen ergänzende Planungen für verkehrslenkende und verkehrsberuhigende Maßnahmen in den Tübinger Teilorten des Neckartals. Für die sukzessive Umsetzung der Planungen müssen in den kommenden Haushaltsberatungen Mittel eingestellt werden. Die Sicherstellung eines zuverlässigen und stabilen ÖPNV in die Teilorte und die verkehrssichere Anbindung der Teilorte an die Radvorrangrouten sind für uns wichtige Bausteine in diesem Konzept.

Neben diesen für alle Teilorte gültigen Forderungen sehen wir folgende spezifische Entwicklungen als notwendig an:

BEBENHAUSEN

Mit Kloster und Schloss ist Bebenhausen ein wichtiger Faktor für den Tourismus in Tübingen. Wir unterstützen deshalb das Projekt der Neugestaltung der historischen Ortsmitte. Maßnahmen zur Entschärfung der problematischen Verkehrssituationen in Richtung Technologiepark stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

BÜHL

Wie der Tübinger Sozialbericht klar zum Ausdruck bringt, herrscht in Bühl ein gravierender Mangel an Kinderbetreuungsplätzen. Durch die Entwicklung im Baugebiet „Obere Kreuzäcker“ wird sich dieser Missstand weiter verschärfen. Wir setzen uns für die

zügige Umsetzung der Planungen zur Erweiterung des städtischen Kinderhauses ein. Wir begrüßen, dass im Bühler Projekt der GWG die Voraussetzungen für eine Pflege-Wohngemeinschaft und für eine Tagespflege geschaffen wurden.

HAGELLOCH

Wir wollen, dass das lange diskutierte Projekt „Häckselplatz Hagelloch“ endlich zu einem erfolgreichen Abschluss kommt und werden uns deshalb für eine funktionale Einfassung des Platzes einsetzen. Bei den für Hagelloch so wichtigen Projekten im Bereich Seniorenwohnen und Neugestaltung der Ortsmitte unterstützen wir neue Initiativen des Ortschaftsrats.

HIRSCHAU

Mit dem Bau der neuen B28 wurde Hirschau endlich vom gewaltigen Durchgangsverkehr befreit. Wir unterstützen die geplanten Maßnahmen zur weiteren Beruhigung des innerörtlichen Verkehrs in Verbindung mit einer erhöhten Sicherheit für Radfahrende. Wir setzen uns für dringende Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Grundschule ein und unterstützen die Entwicklung eines neuen Wohnquartiers für Hirschau. Der von starkem bürgerschaftlichem Engagement getragene Quartiersentwicklungsprozess war sehr erfolgreich und hat die Einrichtung eines attraktiven Stadtteiltreffs ermöglicht. Das verdient Anerkennung und wertschätzende Begleitung.

KILCHBERG

Das von der SPD unterstützte Schuppengebiet Kilchberg/Bühl ist realisiert und wurde mit vollflächiger PV-Anlage ausgestattet. Damit wurde ein wichtiger Beitrag für die Erhaltung und Pflege der landschaftsprägenden Streuobstwiesen geleistet. Als wichtiges Projekt für Kilchberg setzen wir uns für die ortsbildgerechte Umgestaltung des Platzes vor dem Rathaus ein. Vordringlich sehen wir bei dieser Maßnahme die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Rathaus.

PFRONDORF

Maßnahmen zur Umsetzung des Bebauungsplans „Strüttele/Weiher“ haben für Pfrondorf höchste Priorität. Für dieses neue und vielfältige Wohnraumangebot besteht dringender Bedarf in Tübingen. Es soll auch vielen jungen Familien die Chance bieten, sich in Pfrondorf niederzulassen. Dafür muss Vorsorge im Bereich der Kinderbetreuungs- und Grundschulangebote getroffen werden. Maßnahmen zum Ausbau der Ganztagschule

und zur Sanierung der Schönbuchhalle erlangen dadurch in den kommenden Jahren höhere Priorität.

UNTERJESINGEN

Unterjesingen und seine nach wie vor stark verkehrsbelastete Ortsdurchfahrt werden wir weiter im Blick behalten. Notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation, der Lebensqualität der Anwohner:innen und der Verkehrssicherheit für Schüler:innen, Fußgänger und Radfahrer:innen unterstützen wir weiterhin. In diesem Zusammenhang fordern wir eine verlässliche Anbindung Unterjesingens an den Tübinger ÖPNV, insbesondere für die Beförderung der Schüler:innen, und setzen uns für die Entwicklung einer lebenswerten Ortsmitte ein.

WEILHEIM

Bei der anstehenden Sanierung des Weilheimer Rathauses ist die Schaffung von Barrierefreiheit ein zentraler Punkt für uns. Der durch den Denkmalschutz notwendige höhere Planungsaufwand wird von uns mitgetragen. Mit der Planung für das neue Baugebiet „Hinter den Gärten“ soll es nach unserer Zielsetzung zügig vorangehen. Ausdrücklich unterstützen wir die Aktivitäten zum Ausbau eines innovativen Nahwärmenetzes für Weilheim. Die neu entstehende Nahversorgung auf dem ehemaligen „Real-Gelände“ muss mit einer klaren und sicheren Gestaltung der Wege für Fußgänger und Radfahrende einhergehen.